

## Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

### Wachstum wirkt! – Ein Ausblick auf das Wahljahr 2017

Von Hendrik Wüst

Vor uns liegt ein politisch spannendes und aufregendes Jahr. Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Bund. Bei der Bundestagswahl gilt es, die CDU so stark zu halten, dass es keine Mehrheit unter Beteiligung von Extremisten geben kann. Und im Land gilt es, den Wechsel zu schaffen, damit wir unser Land wieder dahin bringen können, wo es hingehört: Weg von den hinteren Tabellenplätzen, nach vorne.

Im Bund läuft es gut! Die Zahlen sprechen hier für sich: In der Bundesrepublik insgesamt stieg das Bruttoinlandsprodukt in den ersten Monaten des Jahres 2016 um 2,3 Prozent. Die deutsche Wirtschaft boomt. Die Exporte erreichen neue Höchststände. Der Überschuss gegenüber den Importen steigt. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Firmenpleiten. Es gibt auch mehr Jobs und weniger Arbeitslose. 43,84 Millionen Menschen waren im November 2016 erwerbstätig - 350.000 mehr als vor einem Jahr. Es gab knapp eine Million offene Stellen. Auch die Zahl der Arbeitslosen ging weiter zurück. Es waren gut 100.000 Menschen weniger ohne Arbeit als im Vorjahr, das ist ein Rückgang von 3,8 Prozent. Die CDU-geführte Bundesregierung leistet gute Arbeit. Das zeigt auch der Haushalt für 2017 und der Finanzplan bis 2020: Der Bund macht zum vierten Mal in Folge keine neuen Schulden und investiert gleichzeitig massiv in die Zukunft.

Hier bei uns in Nordrhein-Westfalen sieht die Lage leider etwas anders aus: Im Mai 2012, bei der letzten Landtagswahl, gab es nicht viel zu feiern. Mit 26,3 Prozent für die CDU sah das Ergebnis sehr schlecht für uns aus. Für mich als Vertreter des Wirtschaftsflügels der Union war besonders bitter, dass der SPD eine höhere Wirtschaftskompetenz attestiert wurde, als der CDU. Mit 40 Prozent lagen die Sozialdemokraten zwei Prozentpunkte vor der Union in diesem Themenfeld. Bei der Wirtschaftskompetenz vorne zu sein, ist die Minimalvoraussetzung für Wahlerfolge der CDU. Seitdem haben wir mit dutzenden wirtschaftspolitischen Anträgen in der Landtagsfraktion die rot-grüne Landesregierung vor uns hergetrieben und Themen gesetzt. Erinnern möchte ich an den Breitbandausbau, den Landesentwicklungsplan und vieles mehr. Die Arbeit hat sich gelohnt.



Foto: Ralph Sondermann

Dass die CDU bei den Bürgern nun wieder die Partei mit der wirtschaftlichen Kompetenz ist, zeigte die Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des WDR. Darin bescheinigten die Befragten der CDU in Nordrhein-Westfalen bei der Wirtschaftskompetenz einen klaren Vorsprung vor der SPD. Wir lie-



Hendrik Wüst, Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW und Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU-Nordrhein-Westfalen

Foto: Ralph Sondermann

gen 14 Prozentpunkte vor der SPD. Seit 2012 haben die Sozialdemokraten 10 Prozentpunkte verloren, wir 16 Prozentpunkte aufgeholt. Die Wirtschaftskompetenz ist wieder bei uns. Wir haben geliefert!

Nun ist es an der Zeit, unsere Ideen für ein wirtschaftlich starkes und zukunftsfestes Nordrhein-Westfalen durchzusetzen. Nach sechs Jahren rot-grüner Bevormundungspolitik wurden die Auswirkungen mit der Veröffentlichung der Wirtschaftszahlen aus 2015 deutlich: 2015 ist die nordrhein-westfälische Wirtschaft nicht gewachsen. Das bedeutete den letzten Platz unter den Bundesländern. 2016 setzt sich der Negativtrend fort. Bundesweit liegt das Wachstum in den ersten Monaten des Jahres 2016 knapp 10 Prozent über dem Wachstum in Nordrhein-Westfalen. Im Bund wuchs die Wirtschaft um 2,3 Prozent, in Nordrhein-Westfalen nur um 2,1 Prozent.

Das gibt Anlass zur Sorge, denn Wirtschaftswachstum ist nicht nur eine Zahl. Stagnation für das größte Bundesland bedeutet auch weniger Steuereinnahmen für Land und Kommunen. Seit Jahren wird viel zu wenig in Forschung und Entwicklung, Zukunftstechnologien und Infrastruktur investiert. Die Produktivität der Wirtschaft sinkt, Investitionen oder ganze Unternehmen wandern ab.

Schon 2013 verwies McKinsey darauf, dass ohne Wachstumslücke Steuermehreinnahmen von jährlich mindestens 3 Mrd. Euro möglich gewesen wären. Damit hätte die Schuldenaufnahme vermieden werden und 300.000 sozialversicherungspflichtige Ar-

beitsplätze zusätzlich geschaffen werden können. Schlechte Wirtschaftsentwicklung bedeutet also auch mehr Arbeitslose. Seit Rot-Grün hier wieder regiert, ist die Arbeitslosigkeit im übrigen Bundesgebiet mehr als dreimal so schnell gesunken wie in NRW. Die Fortsetzung der guten Entwicklung der vorherigen Jahre hätte 60.000 Arbeitslosen neue Jobs bringen können. Eine rot-grüne Politik zulasten der Wirtschaft hat diese Menschen um ihre Chancen gebracht.

Rot-Grün hat vieles dafür getan, wirtschaftliches Wachstum eher zu bremsen, als zu stärken. Seit 2010 werden Deals auf dem Rücken der Wirtschaft, auf dem Rücken von Arbeitslosen und von jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, gemacht. Die Grünen geben allzu oft den Ton an. Das ist Gift für den Wirtschaftsstandort NRW. Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht bei der Bildungsqualität, bei den Investitionen in Schulgebäude, Straßen und Brücken. „Spitzenplätze“ belegen wir bei der Arbeitslosigkeit, beim Haushaltsdefizit, beim Stau, bei Firmeninsolvenzen, kommunalen Steuersätzen, Verschuldung und Kriminalität.

Damit muss im Mai 2017 Schluss sein. Nun heißt es aber, unser Land durch gute Rahmenbedingungen wieder nach vorne zu bringen und den Teufelskreis zu durchbrechen.

Nordrhein-Westfalen ist die siebtgrößte Volkswirtschaft in der Europäischen Union. Unser Land ist der wichtigste Standort deutscher Schlüsselindustrien wie Maschinenbau, Chemie und Metallerzeugung. 1,1 Millionen Menschen sind in den fast 190.000 nordrhein-westfälischen Handwerksbetrieben beschäftigt. Da liegen große Chancen. Voraussetzung für neues Wachstum ist ein Mentalitätswechsel in der Landespolitik: Zutrauen, statt Misstrauen. Die Infrastruktur muss ausgebaut werden – analog wie digital. Wir müssen Kreativität und Wachstum ermöglichen. Weg mit Gängelungen und teuren Sonderwegen!

Dem verzagten Klagen von Rot-Grün über den Strukturwandel muss die CDU eine optimistische Zielbeschreibung entgegenstellen. Dazu brauchen wir ein klares Bekenntnis zu zwei Dekaden Politik für Wachstum. Keine Deals gegen Arbeit und Beschäftigung. Auch nicht um den Preis der Macht! Wer mit der CDU regieren will, darf an einer Politik für Wachstum nicht vorbei kommen.

Es ist an der Zeit, neue Ideen für ein starkes Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Unser Bundesland hat viele Stärken. Viele Regionen unseres Landes können mit den stärksten Regionen im Süden Deutschlands mithalten. Die Menschen sind fleißig und kreativ: So ist das Land, so sind die Menschen. So muss auch Politik in Nordrhein-Westfalen sein.

Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, zukunftsträchtige Branchen in NRW verankern und Unternehmen willkommen heißen und nicht abschrecken. Denn Wachstum wirkt!

[www.hendrik-wuest.de](http://www.hendrik-wuest.de)

## Editorial



*Liebe Mitglieder der Bonner CDU,*

ich hoffe, Sie konnten die Weihnachtstage in friedvoller Umgebung im Kreise Ihrer Familie genießen und sind gut ins neue Jahr gestartet. In diesem Jahr liegen einige Aufgaben vor uns, und das Jahr 2017 wird ein „Superwahljahr“. Am 12. Februar findet die Wahl des Bundespräsidenten statt. Es folgen die Landtagswahlen im Saarland und in Schleswig-Holstein. Am 14. Mai steht die Landtagswahl bei uns in NRW an, und im September wird dieses Wahljahr mit der Bundestagswahl beendet. Bei allen Wahlen wird sich die politische Landkarte der Bundesrepublik Deutschland höchstwahrscheinlich verändern. Eine 4-Parteien-Landschaft ist genauso Geschichte, wie einfache Mehrheitsverhältnisse mit stabilen Mehrheiten. Der Wahlkampf ist viel komplizierter geworden, da sich das politische Spektrum zum Teil dramatisch gewandelt hat. Zusätzlich zu den bekannten fünf Parteien aus CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke wird wahrscheinlich mit der AfD eine sechste Partei in die Parlamente einziehen. Unabhängig von ihren Inhalten wird sich eine Mehrheitsfindung dadurch noch weiter erschweren. Reichte früher die Zusammenarbeit mit den Liberalen oder Sozialdemokraten, ist man heute mehr denn je auf 3er Bündnisse angewiesen – wie auch im Rat der Stadt Bonn. Die Arbeit wird dadurch weder leichter noch zeichnet sich das Profil einer Partei bei der politischen Arbeit klarer ab. Stattdessen müssen noch mehr Kompromisse gemacht werden, mit der Folge, dass oftmals nur der kleinste gemeinsame Nenner dabei herauskommt.

Eine Partei wie die AfD ist keine „wirkliche“ Alternative. Keine Partei will mit der AfD koalieren. Wer seine Stimme der AfD gibt, sorgt damit für eine weitere Zersplitterung der Parlamente. Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass damit der Nährboden für Rot-Rot-Grün gelegt wird.

Wer einen starken Staat will, muss deshalb die CDU wählen. Ein Blick auf die politische Landkarte kann uns nicht zufrieden stellen. Wir sind kaum noch in der Regierungsverantwortung. Schwarz-Gelb gibt es gar nicht mehr. Nur noch in vier Bundesländern führen wir die Landesregierungen. Umso wichtiger wird die Wahl am 14. Mai 2017 bei uns in NRW. Wir müssen die Schlusslichtbilanz der rot-grünen Landesregierung beenden, in NRW wieder die richtigen Schwerpunkte setzen und NRW wieder auf die Erfolgsspur führen.

*Christos Kattidis*

## Mehr Kommunalkompetenz nach NRW

Auch wenn diese Aussage auf den ersten Blick ambitioniert klingen mag, ist es mein erklärtes Ziel, bei der Landtagswahl am 14. Mai meine rund 20 Jahre gesamtstädtischer und kommunalpolitischer Verantwortung in Düsseldorf in die Waagschale zu werfen. Ich habe als Vorsitzender des städtischen Wirtschaftsausschusses, als Vize-Verwaltungsratsvorsitzender von Deutschlands größter kommunal getragener Sparkasse und insbesondere auch als Bürgermeister von Bonn Sonnenseite die kommunalen Auswirkungen einer desaströsen Landespolitik in den drei landespolitischen Kernbereichen Wirtschaft, Bildung und Sicherheit schmerzlich kennengelernt.

### Wirtschaft

Bonn hat den Wandel von der ehemaligen Bundeshauptstadt hin zur internationalen UN-Stadt mit Sitz mehrerer Global Player gut hinbekommen, und wir sind dabei, Bonn auch als Beethovens Geburtsstadt zu profilieren. Mit Unterstützung des Landes ist es jetzt unsere Aufgabe, diese Entwicklung weiter mit Elan voran zu treiben. Gemeinsam mit unseren Landes- und Bundespolitikern müssen wir mit starker Stimme die Einhaltung des „Bonn-Berlin-Gesetzes“ einfordern. Die in Bonn, der Region und im Land gefundene gemeinsame überparteiliche Positionierung dazu ist ein hohes Gut, an dem weiter gearbeitet werden muss.

Hat NRW die gleiche positive Entwicklung hinbekommen wie Bonn? Nein! NRW ist Schlusslicht bei nahezu allen Wirtschaftsdaten und zugleich Spitzenreiter in Sachen Staulandschaft. Unsere rd. 385.000 Staukilometer reichten allein 2016 fast zehn Mal um die Erde. Ich frage mich: Warum liegen die Ausbaupläne für Bayerns Verkehrswege bereits fertig in den Schubladen, NRW hat dagegen weder Planungen noch Einigkeit in drin-



Guido Déus

gend erforderlichen Verkehrsprojekten? Warum lassen wir vorhandene Bundesgelder einfach verfallen?

Wir haben verkehrspolitische Aufgaben, die nicht allein in Bonn gelöst werden. Die im regionalen Konsens geplante zusätzliche Rheinquerung bei Wesseling ist eine gute Sache, doch löst sie die grundsätzlichen Verkehrsprobleme unserer Pendlerströme nicht. Rot/Grün ist gegen eine fast komplett im Tunnel verlaufende Südtangente, bietet gleichzeitig aber keine umsetzbaren Alternativen an. Wir sind jedoch in der Pflicht, für alle Verkehrsteilnehmer mögliche Entlastungsszenarien auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.

### Bildung

Nur eine pragmatische und ideologiefreie Bildungspolitik führt dazu, dass „jedes Kind seine individuelle Förderung“ bekommt. Ich bin überzeugter Anhänger des gegliederten Schulsystems, aber ich schätze auch Gesamtschulen als zusätzliches und bedarfsgerechtes Angebot. Die in NRW in den letzten Jahr-

zehnten systematisch betriebene, einseitige Unterstützung ausschließlich einer Schulform muss ein Ende haben. Auch die hehren Versprechungen zur Inklusion sind eine bisher in NRW unterfinanzierte Mogelpackung zu Lasten unserer Kinder und der Schulen. Inklusion braucht ausreichend Lehrer, Sozialpädagogen, Finanzmittel und passende Räumlichkeiten. Alles andere ist halbherzig. Gleichzeitig müssen wir aber unsere Förderschulen erhalten und bisherige Ungerechtigkeiten bei der finanziellen Förderung der verschiedenen Schulformen abbauen. Wir dürfen unsere Kinder nicht weiter zu Versuchskaninchen einer Landesregierung machen, die sich auf Selbstfindungssuche befindet. Wo G8 von den Eltern gewünscht ist und funktioniert, sollten wir dies belassen, wo Schulgemeinschaften sich für ein echtes G9 entscheiden, sollte auch dies möglich sein. Wir brauchen daher an die G8/G9-Entscheidung angepasste Lehrpläne. Betrachtet man den Unterrichtsausfall, reden wir in NRW eigentlich über sieben beziehungsweise acht



Jahre Schule. Was ich dabei für einen Skandal halte ist, dass der tägliche Unterrichtsausfall in NRW bis heute nicht systematisch erfasst wird. Meine klare Forderung: Wir brauchen eine landesweite Vertretungsreserve, sonst ist keine Besserung in Sicht.

### Sicherheit

Die Einberufung regelmäßig tagender Gesprächsrunden von Polizei, Ordnungsamt, Jugendamt, Sozialamt und Bezirksverwaltungsstellen zum Thema Sicherheit sollte in allen Kommunen selbstverständlich sein. Diese habe ich unmittelbar nach meiner Wahl zum Bezirksbürgermeister für Beuel erfolgreich eingeführt.

In diesen Runden werden Gefahrenpotentiale besprochen. Ob Einbruchshäufungen, Orte des Drogenkonsums, Terrorgefahr oder Sicherheitskonzepte für Großveranstaltungen - hier kommt alles auf den Tisch.

Wir sollten prüfen, ob den vermehrten Einbruchs- und Sachbeschädigungsdelikten an öffentlichen Gebäuden wie Schulen nicht durch einen nächtlichen privaten Sicherheitsdienst begegnet werden kann. Am Tage sollte sich eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe jedes Objekt vornehmen und konkrete Vorschläge entwickeln. Auch so etwas habe ich in Beuel bereits angestoßen. Konkrete Maßnahmen könnten hier sein: Die bessere Ausleuchtung von dunklen Ecken, Wiederbesetzung von leeren Hausmeisterwohnungen oder der Einsatz von Videoüberwachung in unübersichtlichen Schulhofbereichen. Hier ist auch das Land gefordert, z.B. bei Gesetzesänderungen, bei Schaffung von Personalstellen oder bei der Bereitstellung von Finanzmitteln. Wir werden keine „No-go-Areas“ zulassen, deshalb müssen wir unsere Polizei und Ordnungskräfte personell und ausstattungsseitig in die Lage versetzen, auch entsprechend handeln zu können. Wir brauchen weniger Verwaltungsapparate und mehr Polizei auf der Straße, um NRW von den hinteren Plätzen in allen Kriminalstatistiken wegzuführen. Kurz: 50 Jahre Rot/Grün muss in NRW endlich ein Ende haben. Gemeinsam können wir dies am 14. Mai erreichen!

[www.guido-deus.de](http://www.guido-deus.de)

## Sicherheit und Wertekompass stärken - EU erneuern

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns in der närrischen Fünften Jahreszeit und das ist auch gut so. Gerade in diesen politisch unruhigen Zeiten, die insbesondere von der konkreten und mittlerweile unmittelbaren Gefahr des Terrorismus geprägt sind, ist es umso wichtiger, unsere Traditionen und unser rheinisches Brauchtum zu pflegen.



Der Anschlag von Anis Amri auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 war ein erneuter Anschlag auf unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, unsere Lebensweise und speziell auf unsere Traditionen und unsere christliche Überzeugung. Ein belebter Weihnachtsmarkt als Anschlagziel, so kurz vor einem der wichtigsten christlichen Feste, war ganz sicher kein Zufall. Der Fall Anis Amri ist mittlerweile zum Fall Ralf Jäger geworden. Wenn der Minister nach dem Anschlag mit zwölf Toten und zahlreichen Verletzten behauptet, dass der Staat bei solchen Erkenntnissen zu dem Täter keine

Handlungsmöglichkeit hatte, ist das eine Bankrotterklärung des Rechtsstaates. Insbesondere wenn im Vorfeld des Anschlags so viele konkreten Einzelheiten über den Attentäter vorlagen. Ich persönlich glaube nicht, dass es so ist. Vielmehr ist der nordrhein-westfälische Innenminister ein Meister der Verantwortungslosigkeit. Nach dem Attentat in Belgien war Jäger einer der Ersten, der die belgischen Sicherheitsbehörden kritisierte. Wenn etwas in unserem Bundesland passiert, reagiert der Landesinnenminister entweder gar nicht, viel zu spät oder gibt anderen die Schuld. In den letzten zwölf Monaten hatte das Innenministerium Erkenntnisse über die Terrorbereitschaft von Anis Amri. Zudem war er als Betrüger bekannt und polizeilich in Erscheinung getreten. Er hatte mit verschiedenen Identitäten mehrfach (insgesamt 14 mal) Sozialleistungen beantragt. Diese Tatsache war den Behörden schon am 28. April 2016 bekannt. Darüber hinaus war er bereits ein abgelehnter Asylbewerber.

Trotz alledem behauptet der Minister, es habe keine gerichtsverwertbaren, tatsächlichen und belastbaren Erkenntnisse für eine terroristische Gefahr gegeben. Nach meinem Rechtsverständnis haben hingegen sehr wohl nachweisbare Fakten vorgelegen. Neben den bekannten Fakten darf und muss zudem die kriminalistische Erfahrung mit in die rechtliche Bewertung einfließen. Auch das scheint nicht erfolgt zu sein. Der Fall Amri ist nach meiner Überzeugung mittlerweile ein Fall Jäger, der lückenlos aufgearbeitet werden muss. Eine Vertuschungs- und Verschleppungstaktik, wie wir sie nach der Silvesternacht 2015 erlebt haben, darf sich nicht wiederholen!

Gerade jetzt im Nachgang zu dem Anschlag ist es umso wichtiger, dass wir unsere Werte



und Überzeugungen wieder viel stärker in den Fokus stellen. Dies sollte nicht nur in Deutschland, sondern vielmehr in ganz Europa geschehen. An erster Stelle müssen unsere christlichen Tugenden wie Nächstenliebe, Glaube und Hoffnung stärker betont werden. An zweiter Stelle müssen wir ein deutliches Zeichen für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und vor allem Solidarität setzen. Dies spüre ich auf europäischer Ebene viel zu wenig! Wir brauchen die Europäische Union, aber nicht in der jetzigen Form. Wir brauchen eine echte Wertegemeinschaft. Und diese Werte müssen oberste Priorität genießen, und jegliche Handlungen müssen sich daran orientieren. Leider gibt es in der EU momentan keinen funktionierenden Wertekompass mehr. Wenn wir diesen Kompass nicht wiederfinden, wird die EU früher oder später weiter auseinanderbrechen. Es hat sich in der Flüchtlingskrise gezeigt, wie egoistisch sich die Nationalstaaten verhalten und dass die EU momentan keine Wertegemeinschaft, sondern eine reine Wirtschaftsgemeinschaft ist.

Es war von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel richtig, Menschen in Not zu helfen. Es war aber falsch, allen Menschen bedingungs-

los den Weg nach Deutschland zu ebnet. Die Flüchtlingsströme des Jahres 2015, die sich 2016 nicht wiederholten, hätten auf die gesamte EU verteilt werden müssen. Das wäre ein deutliches Zeichen der Europäischen Union gewesen!

Eine Obergrenze für Flüchtlinge ist nach meiner Überzeugung zum einen nicht zielführend und zum anderen bezweifle ich die Verfassungskonformität. Wenn aber von allen Asylanträgen innerhalb der EU 2/3 alleine in Deutschland gestellt werden, so wie in den ersten drei Quartalen des letzten Jahres, dann müssen wir uns die Frage stellen, warum das so ist.

Die Leistungen für Neuankömmlinge spielen ganz sicher eine nicht unerhebliche Rolle. Genau darüber und über eine mögliche Änderung der bedarfsorientierten Mindestsicherung für Neuankömmlinge müssen wir diskutieren, um die Anreize zu reduzieren. Darüber hinaus sollten denjenigen, die hier in Deutschland Schutz begehren, mehr Möglichkeiten geboten werden, sich schulisch, beruflich oder ehrenamtlich zu engagieren. Insbesondere das Ehrenamt ist das Herzstück unserer Gesellschaft und unserer solidarischen Gemeinschaft. Gerade hier können Flüchtlinge stärker als bislang ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten. Integration funktioniert nicht ausschließlich durch gesellschaftliche Angebote, sondern vielmehr durch den Willen der zu Integrierenden. Wir müssen daher auch eine stärkere Integrationsbereitschaft einfordern!

Ihr

Dr. Christos Katzidis

[www.christos-katzidis.de](http://www.christos-katzidis.de)

## Verbesserung der Bonner Luftqualität?

Von Christoph Jansen

**Schlauer Maßnahmen-Mix statt dogmatische Fahrverbote!**

Saubere Luft in einer wachsenden Stadt? In Zeiten von steigendem Verkehrsaufkommen verlangt dieses Ziel neue Lösungen und Strategien zur Verbesserung der Luftqualität in unseren Städten. In Bonn beschäftigen wir uns nicht erst seit Einrichtung der Umweltzonen im Jahr 2012 mit der Frage, wie es uns gelingen kann, die Luftschadstoffbelastung in unserer Stadt möglichst gering zu halten und die von der EU gesetzten Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstoff einzuhalten. Aktuell verleiht die erfolgreiche Klage der Deutschen Umwelthilfe gegen die Stadt Düsseldorf der Situation zusätzliche Brisanz.

**Klage der Deutschen Umwelthilfe**

Mit den im vergangenen Jahr eingereichten Klagen gegen mehrere, für die Luftreinhaltung zuständigen Bundesländer möchte die Umweltorganisation die Verantwortlichen zwingen, die vorgegebenen Grenzwerte einzuhalten. Nach Düsseldorf erwarten nun Bonn und weitere sechs Städte das Urteil. Entscheiden die Kölner Verwaltungsrichter ähnlich wie ihre Düsseldorf Kollegen, könnte sich dadurch in Bonn der Handlungsdruck er-

höhen, zusätzliche Maßnahmen zum Klimaschutz zu prüfen.

**Dieselfahrverbot in den Innenstädten? Bonn braucht maßgeschneiderte Lösung!**

Auch die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks heizt die Diskussion um ein mögliches Dieselfahrverbot in Innenstädten weiter an. Der Verordnungsentwurf ihres Ministeriums sieht vor, Städten und Gemeinden die Möglichkeit zu geben, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in den Innenstädten zu verhängen oder an bestimmten Tagen nur Autos mit (un)geraden KFZ-Endziffern auf den Straßen zuzulassen.

Saubere Luft in den Innenstädten ist Voraussetzung für die Gesundheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Allerdings dürfen mögliche Maßnahmen nicht dogmatischen Erwägungen folgen, sondern müssen klug gegen andere wichtige Anliegen abgewogen werden, etwa diejenigen von berufstätigen Pendlern, von Handwerkern, Familien oder älteren Menschen, die auf die PKW-Nutzung angewiesen sind. Vor allem muss weiterhin die Erreichbarkeit der Bonner Innenstadt und der Stadtbezirkszentren gesichert sein, um den Einzelhandel zu stärken und die Innenstädte belebt zu halten. Brähen wir

nun ein Fahrverbot für Diesel-PKW übers Knie, wäre außerdem die gesamtstädtische Versorgungsinfrastruktur in Gefahr: Der Busverkehr, Zulieferverkehr, die Feuerwehr u.a. nutzen überwiegend Dieselfahrzeuge. Auch verläuft durch die Nordstadt eine Autobahn, auf der diese Maßnahme wirkungslos bliebe. Eine der Hauptursachen von Feinstoffbelastungen ist ohnehin der Schiffsverkehr auf dem Rhein.

Aus diesen Gründen halten wir den Vorschlag der Umweltministerin für wenig zielführend. Sie schiebt damit den schwarzen Peter den Kommunen zu, anstatt ihrer Verantwortung gerecht zu werden und an bundes- und europaweiten Lösungen zu arbeiten. Richtig ist aber, dass wir nun gemeinsam effiziente Strategien erarbeiten müssen, um die Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung schnellstmöglich zu senken. Dabei sollten wir auf einen klugen Mix von Maßnahmen setzen: Weitere Investitionen in den ÖPNV gehören genauso dazu wie neue Lösungen, die verschiedene Verkehrsmittel miteinander verbinden. Eine Seilbahnverbindung zum Venusberg könnte dabei ein Ansatz sein. Auch eine gut ausgebaute Park+Ride-Infrastruktur kann dazu beitragen, dass ein Teil der über 100.000 täglichen Berufspendler das Auto an



Christoph Jansen, Vorsitzender im Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz

der Stadtgrenze stehen lässt. Die Stärkung der Fahrradinfrastruktur ist ein Ziel, dass wir gemeinsam mit unseren grünen und liberalen Koalitionspartnern ohnehin verfolgen. Der wichtigste Baustein für eine bessere Luftqualität in den Städten dürfte aber der technologische Fortschritt sein: Die meisten Autohersteller haben inzwischen verstanden, dass der auf fossilen Brennstoffen basierende Antrieb ein Auslaufmodell ist und Elektromobilität die Zukunft bestimmen wird. Als Kommune können wir einen Beitrag zu dieser Entwicklung leisten, indem wir vor Ort Anreize schaffen und die Einrichtung etwa von Ladestationen für E-Fahrzeuge unterstützen. [www.cduratsfraktion-bonn.de](http://www.cduratsfraktion-bonn.de)

## Aus dem Europaparlament

### Illegale Einreise stoppen

Von Axel Voss MdEP

Die Europäische Union braucht ein Einreisegenehmigungssystem!

Denn: Wir müssen uns vor illegaler Einwanderung und der Einreise von Kriminellen und Terroristen schützen!

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament setzt sich daher für den Aufbau eines EU-weiten Reiseinformati- und Genehmigungssystems (ETIAS) ein. Mit einem solchen System müssen sich künftig alle Drittstaatsangehörigen, die visumfrei reisen können, vor ihrer Einreise in die EU registrieren. Nach einer Sicherheitsüberprüfung erhält der Antragsteller eine Einreisegenehmigung oder eine Ablehnung. Nur so können frühzeitig erkennbare

Sicherheitsbedenken vor der Einreise in die EU ermittelt und die Einreise verweigert werden.

Zudem könnte ETIAS gemeinsam mit der europäischen Ein- und Ausreisedatenbank si-



Axel Voss MdEP

cherstellen, dass alle Ein- und Ausreisen in die und aus der EU registriert sind, so dass jederzeit ermittelt werden kann, welche Drittstaatsangehörigen sich in der EU aufhalten.

Damit können auch Ausreisepflichtige, deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen ist, automatisch identifiziert werden. Dies trägt zu einem effizienten Management der EU-Außengrenzen bei und verbessert die innere Sicherheit in den EU-Mitgliedstaaten.

Es muss künftig der Leitsatz gelten: Wir müssen wissen, wer über unsere Grenzen kommt! Faktisch funktioniert ETIAS für Reisende durch die vorab Onlineregistrierung über ein Internetformular. Und das jedes Mal, wenn die Person in die EU einreist oder sie sie verlässt. Zeitpunkt, Ort und Grund der Reise sollen jedes Mal registriert werden. Diese Daten werden im Vorfeld der Reise mit nationalen und europäischen Sicherheits- und Terrordatenbanken abgeglichen. Ein Sicherheitsrisiko kann somit identifiziert werden, denn Kriminelle, Terroristen und Rückkehrer aus Bürgerkriegsländern sollen nicht einreisen können. Um sie aufzuspüren, werden biometrische

Daten aus den Reisedokumenten, wie zum Beispiel Fingerabdrücke oder das Gesichtsbild, ausgelesen und zusammen mit biographischen Informationen abgelegt und fünf Jahre lang gespeichert.

Einsatzbereit wird ETIAS ab 2020. Zugriff zu den Daten soll auch die europäische Polizeibehörde Europol bekommen.

In den USA wird seit Jahren ein vergleichbares System (ESTA) erfolgreich genutzt.

ETIAS auf den Punkt gebracht:

- Verhinderung irregulärer Migration
- Verbesserung der Bekämpfung von Kriminalität
- Erleichterung der Identifizierung von Straftätern und Gefährdern
- Verbesserung des EU-Außengrenzen-Managements
- Verkürzung von Zeit und Aufwand für Reisende

[www.axel-voss-europa.de](http://www.axel-voss-europa.de)

## Aus dem Bundestag

### Das Asylrecht praktikabler gestalten und konsequent umsetzen

Von Dr. Claudia Lücking-Michel MdB

Angesichts der großen Zahlen an Flüchtlingen, die 2015 zu uns ins Land kamen, wurde schnell deutlich, dass unser Asylrecht an vielen Stellen verbessert und in jedem Fall konsequenter umgesetzt werden muss. Daher stehen wichtige Änderungen im Asylrecht seit Längerem immer wieder auf meiner Agenda. Dabei ist mir wichtig, dass wir Menschen, die vor Terror und Krieg fliehen, selbstverständlich im Sinne unseres Asylrechts aufnehmen. Andere aber, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, können dagegen nicht auf einen dauerhaften Aufenthalt unter diesem Titel hoffen. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hat in den zurückliegenden Monaten deshalb deutliche Verbesserungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts durchgesetzt, häufig gegen Widerstand innerhalb und außerhalb der Großen Koalition.

Bereits im Oktober 2015 trat das Asylpaket I in Kraft, in der Folge kam es zu weiteren Anpassungen. Mit dem Asylpaket I hat sich die



Regierungskoalition vor allem auf eine Beschleunigung der Asylverfahren, den Vorrang von Sach- vor Geldleistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Abschiebungen ohne vorherige Anknüpfung verständigt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge konnte gleichzeitig durch eine massive personelle Aufstockung die Verfahrensabläufe erheblich effizienter gestalten und die Bearbeitungszeiten deutlich verkürzen.

Nach langwierigen Diskussionen und gegen erhebliche Widerstände aus der SPD haben

wir dann im Februar 2016 im Bundestag zudem das Asylpaket II verabschiedet. Damit wurde unter anderem der Familiennachzug für bestimmte Gruppen eingeschränkt, der Aufbau von Aufnahmезentren zur Verfahrensbeschleunigung für Migranten ohne Bleibeperspektive beschlossen sowie Abschiebehindernisse aus gesundheitlichen Gründen begrenzt.

Ein weiterer wesentlicher Pfeiler der Maßnahmen zur Asylrechtsverbesserung ist die Ausweitung sogenannter sicherer Herkunftsstaaten. Dass dieser Ansatz hilft, wenn es darum geht Flüchtlingszahlen deutlich zu reduzieren, hatte bereits eine entsprechende Einstufung der Westbalkan-Staaten gezeigt. Der Bundestag hat deshalb für die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten um Marokko, Algerien und Tunesien gestimmt. Asylbewerber aus dieser Region haben nahezu ausschließlich ökonomische Motive. Dies belegen auch die verschwindend geringen Anerkennungsbescheide zwischen einem und drei Prozent für Migranten dieser Staa-

ten. Zudem gehört zur Wahrheit leider auch, dass Asylbewerber aus der Region überdurchschnittlich oft an Straftaten beteiligt sind. Auch wenn die Maghreb-Staaten eine bessere Zusammenarbeit bei der Rückübernahme ihrer Staatsbürger zugesagt haben, gehen die Abschiebungen in diesen Teil Afrikas bis heute nur sehr schleppend voran: Lediglich 99 Marokkaner wurden bis Ende November 2016 zurückgefliegen, nur 140 von mehr als 3700 ausreisepflichtigen Algeriern. 111 Tunesier wurden ebenfalls bis Ende November abgeschoben. Am 10. Februar steht nun das Gesetz erneut auf der Tagesordnung des Bundesrats. Für NRW ist dies ein spannender Tag, da hier mit Abstand die größte Zahl der Nordafrikaner untergebracht worden ist. Leider konnten aber die Widerstände gegen diese Gesetzesänderung bis jetzt immer noch nicht überwunden werden. Anfang Februar wird es nun vor allem darum gehen, ob die Grünen hoffentlich ihre Blockadehaltung im Bundesrat endlich aufgeben. [www.luecking-michel.de](http://www.luecking-michel.de)

